2011/31 Antifa

https://www.jungle.world/artikel/2011/31/im-t-shirt-gegen-europa

Die NPD will die Deutsche Mark zurück

Im T-Shirt gegen Europa

Von **michael taeger**

Die NPD nimmt die europäischen Rettungsmaßnahmen für Griechenland zum Anlass für eine Kampagne gegen den Euro und die »EU-Diktatur«.

»Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Frankreich und andere vermeintlich stabile Volkswirtschaften die deutsche Spendierlaune auszukosten versuchen«, heißt es auf dem offiziellen Blog der NPD zur Kampagne »Raus aus dem Euro – Nein zur EU-Diktatur«. Bereits am 1. Juli begann die Partei, ihr politisches Vorhaben mit allerlei Propagandamaterial und der einen oder anderen »Überraschungsaktion« zu lancieren. Stilecht kann sich der geneigte Eurogegner mit Buttons und T-Shirts eindecken, die auf der NPD-Seite im Angebot sind. Bei der Vermarktung ihrer Kampagne gibt sich die Partei selbstbewusst, schließlich war die NPD schon immer gegen den Euro, und nun weiß man auch warum. Deutschland soll nämlich nicht mehr für die »südeuropäischen Pleitestaaten« zahlen, heißt es dazu in einem Artikel auf dem rechten Onlineportal *Kompakt-Nachrichten*.

Die »Problemkinder« Portugal, Italien, Griechenland und Irland sollen auf Kosten des deutschen Steuerzahlers gerettet werden, schreibt Ronny Zasowk in seiner Funktion als Referatsleiter für Politik auf dem NPD-Blog zur Kampagne. Deutschland werde »vom Zahlmeister zum Bettler«, konstatiert er. Diese Schuldenlast sei ein Wahnsinn, »da wir Deutschen weitaus mehr Schulden aufgetürmt haben als die Südländer« und niemand wisse, wo das noch enden solle. »Italien wird nicht der letzte todkranke Europäer sein, der um Almosen bettelt«, mutmaßt Zasowk.

Auf der rechtsextremen Nachrichtenplattform *Altermedia* findet man noch deutlichere Worte zur »europäischen Spekulationswirtschaft«. Die Europäer seien schließlich selbst verantwortlich für die Misere, diesmal lasse sich die Schuld nicht mehr auf irgendwelche »fremden Horden« schieben, heißt es in einem Artikel zur finanziellen Situation in Italien. Der Autor ist sich zumindest sicher, dass »die meisten Deutschen schon ahnen«, dass sie zur Kasse gebeten werden, falls es in Italien so weitergehe. Immerhin gebe es »genug dummen Pöbel, an dessen Spargroschen man sich zur Not wider gesundstoßen« könne. Für den Autor des Beitrags steht fest: Die Deutschen müssen leiden. Wer sich nicht am nationalen Befreiungskampf beteilige, habe ohnehin nur die Alternative zwischen

»Halbmond und Davidstern«. In der Kommentarleiste zu diesem Text merkt jemand an, dass der Euro doch nur Teil des »Morgenthau-Plans« sei, der nun seine Wirkung entfalte. Andere Kommentatoren schwadronieren darüber, dass Italien aufzuteilen sei, Südtirol müsse selbstverständlich an Deutschland fallen.

Die Feindbilder haben sich seit der internationalen Finanzkrise kaum geändert. In einer Pressemitteilung der NPD Saarland von 2008 erklärte man schon damals die Gehälter der Banker zum Grund für Staatspleiten. Doch forderten die Kameraden zu dem Zeitpunkt noch, Banken zu verstaatlichen, Preiskontrollen einzuführen oder sogar den »Teufelskreis der Globalisierung aufzuhalten«. Davon ist derzeit nicht mehr die Rede.

Gegen die europäische Verschwörung helfe nur die Wiedereinführung der Deutschen Mark, meint die NPD. Mit der Facebook-Seite »Nein zum Euro« möchte die Partei ihre Anhänger mobilisieren. Dass die Neonazis das Handwerkszeug der sozialen Medien beherrschen, stellen sie dabei erneut unter Beweis. So kann man online eine Petition unterschreiben, über den Wechsel der Währung abstimmen oder sein persönliches Profilbild bei Facebook mit einem Anti-Euro-Logo verzieren.

Auch an musikalischer Begleitung mangelt es der Kampagne nicht. Am 1. Juli lud Sacha Korn seinen »Soundtrack zur Krise« mit dem bezeichnenden Namen »Unsere Kraft« bei Youtube hoch. Der Berliner Pop-Rocker und Musikproduzent war im März während des Landtagswahlkampfs in Sachsen-Anhalt erstmals in die Kritik geraten, weil die NPD ihr Wahlkampfvideo mit dessen Song »Mein Land« musikalisch unterlegt hatte, darüber hinaus fanden sich Lieder von Korn auf einer Schulhof-CD der NPD. Bis zu diesem Zeitpunkt war Korn nicht als Mitglied der neonazistischen Musikszene aufgefallen. Für die Veröffentlichung auf der Schulhof-CD machte er sein kanadisches Management verantwortlich; er sei lediglich ein Patriot aus der Mitte der Gesellschaft, sagte der Sänger. In seinem Soundtrack zur Krise schwelgt Korn im »Geist von gestern«, weil wir von »Börsen, Brüssel und Banken« gelenkt würden. Neben dem markigen Refrain »Unser Geld kriegt ihr nicht« singt er im Video auch mit treuherzigem Blick über seinen Vater, der 40 Jahre für dieses Land gearbeitet habe und nun mit ein paar hundert Euro im Monat sein Leben fristen müsse.

Auf ihrer Facebook-Seite »Nein zum Euro« versucht sich die NPD auch parteiübergreifend mit Eurogegnern zu solidarisieren. So findet sich dort ein Hinweis auf das Stuttgarter »Aktionsbündnis Direkte Demokratie«, welches mit Slogans wie »Gegen die Euro-Diktatur« auf einer Kundgebung am 9. Juli in der Stuttgarter Innenstadt auf sich aufmerksam machte. In den Wortbeiträgen wird über die im Europäischen Parlament sitzenden »Bankrotteure, Betrüger und Gauner« geschimpft, denen es darum ginge, ehrliche Bürger zu bestehlen und zu versklaven.

Die NPD möchte dem nicht nachstehen und hat in Kooperation mit den »Freien Kräften« eine Kundgebung unter dem Namen »Völker zur Freiheit – Schluss mit der EU-Diktatur« angemeldet. Der Veranstaltungsort ist mit Bedacht gewählt, am 20. August will man vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig aufmarschieren. Im Aufruf zur geplanten Veranstaltung heißt es: »An diesem Schicksalsort unserer Geschichte (…) weht noch heute der Geist deutscher Freiheit und Selbstbehauptung.« Im August möchte man »gegen ausländische Fremdbestimmung auf das Schachtfeld ziehen«. Die Neonazis sind gar

kreativ genug, um eine Verbindung zum Versailler Vertrag herzustellen. An dessen Stelle sei der Vertrag von Maastricht getreten, der dem »antideutschen Enteignungsprogramm« nach dem Ersten Weltkrieg gleiche. Die Großväter und Großmütter, die sich der Weimarer Republik entledigt haben, sollen auch für die Generation Facebook die Vorbilder bleiben.

© Jungle World Verlags GmbH